

Im Zentralen Aufnahmeheim in Röntgental (ZAH) bei Berlin wurde ab 1979 die Mehrzahl derjenigen überprüft, die aus der Bundesrepublik in die DDR übersiedeln wollten. Ein Bericht der Stasi dokumentiert den tristen Alltag dort.

Das Zentrale Aufnahmeheim für Übersiedler und Rückkehrer (ZAH) unterstand dem Ministerium des Innern (MdI), doch in der Praxis führte die Stasi hier die Regie. Die Mitarbeiter der Hauptabteilung VII, Abteilung 3 des MfS verhörten die Aufnahmeersuchenden und schleusten Inoffizielle Mitarbeiter in das Heim ein, die auftragsgemäß Rückkehrer bzw. Zuziehende und auch die Beschäftigten des Aufnahmeheims bespitzelten. In den späten achtziger Jahren war zudem der Leiter der Heims zugleich Offizier im besonderen Einsatz (OibE) der Stasi.

Der Heimaufenthalt sollte die Übersiedler auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft vorbereiten. Vor allem jedoch wollte die Stasi dort prüfen, wie ernst es den Neuankömmlingen mit einer Übersiedlung in die DDR war, denn stets wurde das Einschleusen feindliche Spione befürchtet. Gleichzeitig wollte die Stasi durch die Befragungen selbst wichtige Details über Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik sowie die westlichen Notaufnahmelager in Erfahrung bringen. Wenn möglich sollten Aufnahmeersuchende sogar mit einem Spionageauftrag noch einmal in die Bundesrepublik zurückkehren und sich so ihre Aufnahme in die DDR "verdienen". Aufgenommen wurde nur, wer nach Ansicht der Stasi nützlich und integrierbar erschien. Zurückgewiesen wurde, wer der Geheimpolizei politisch missliebig, kriminell, "asozial", "arbeitsscheu" oder psychisch krank erschien.

Der Bericht der Hauptabteilung VII/3 zeigt den "vorgegebenen Regimeablauf" im Heim, was der "Sicherheit und Ordnung" dienen sollte: Ein strikter Zeitplan regelte Essens-, Schlafens- und Arbeitszeiten. Meist dauerte der Aufenthalt in Röntgental mehrere Wochen, teilweise aber auch zwei oder drei Monate. In dieser Zeit durften die Übersiedler das Gelände nicht verlassen und wurden wiederholt von Stasi und Volkspolizei verhört.

Der Bericht lässt die Lebensbedingungen im Heim, die nach Berichten von Übersiedlern denen in einem Gefängnis glichen, nur erahnen. Abschottung und Drangsalierung der Rückkehrer und Zuziehenden führten in einigen Fällen zum Suizid bzw. entsprechenden Versuchen.

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 1101, Bl. 336-342

#### Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung VII, Datum: 15.1.1981

Abteilung 3



Hauptabteilung VII Abteilung 3 Berlin, 15. 1. 1981

000336

UNA | 58/87

BERICHT

über die politisch-operative Bearbeitung von aufnahmeersuchenden Personen aus der BRD und Westberlin im Zentralen Aufnahmeheim des Ministeriums des Innern Röntgental

Mit Wirkung vom 1. 4. 1979 hat das Zentrale Aufnahmeheim des MdI in Röntgental (ZAH) seine Arbeit aufgenommen. Mit dieser Maßnahme wurde das Aufnahmeverfahren zentralisiert. Zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit wurden erforderliche Baumaßnahmen in Form der Erweiterung, des Um- und Ausbaues des Objektes durchgeführt. Damit konnte die Unterbringung und Versorgung von 80 aufnahmeersuchenden Personen und des Personalbestandes der Sicherheitsorgane gewährleistet werden.

Die Gesamtgröße des ZAH beträgt ca. 17 ha.

Das Objekt ist durch einen Maschendrahtzaun mit Verblendung gesichert.

Für die Unterbringung der Aufnahmeersuchenden wurden Baracken vom Typ 33/10/A errichtet, in denen sich Ein-, Zwei- und Vierbettzimmer befinden.

Darüber hinaus sind in den Baracken ausreichend Sanitäreinrichtungen, Klubräume, Fernsehräume, Teeküchen und Kinderspielzimmer vorhanden.

Für die individuelle Freizeitgestaltung stehen Presseerzeugnisse, eine Bibliothek, Sportgeräte und Unterhaltungsspiele zur Verfü-

Die medizinische Betreuung der aufnahmeersuchenden Personen ist durchgehend gesichert, indem 1 Vertragsarzt, 4 Krankenschwestern und die erforderlichen materiell-technischen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus besteht eine Vertragsvereinbarung des Heimleiters mit dem Klinikum Buch, um notwendig werdende stationäre Behandlungen durchführen zu können.

Den Aufnahmeersuchenden ist die Möglichkeit gegeben, in einer Verkaufsstelle Waren des täglichen Bedarfs, wie Kleintextilien, Kosmetik, Getränke und Tabakwaren gegen Mark der DDR zu erwerben.

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 1101, Bl. 336-342



000338

2

Zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Objekt unterliegen die Aufnahmeersuchenden einem vorgegebenen Regimeablauf.

Um 06.30 Uhr ist Wecken,

07.30 Uhr bis 08.00 Uhr Frühstück.

Danach erfolgen Befragungen. Personen, die nicht darunter fallen, haben die Möglichkeit, auf freiwilliger Grundlage Arbeiten durchzuführen, welche durchschnittlich mit einem Stundenverdienst von 3,00 Mark vergütet werden.

Die Unterbringung, Versorgung und Betreuung im ZAH erfolgt kostenlos. Außerdem erhält jeder Aufnahmeersuchende ein Tagegeld von 2,00 Mark zur persönlichen Verwendung.

Von 11.45 Uhr bis 12.15 Uhr wird das Mittagessen und von 17.00 Uhr bis 17.30 Uhr das Abendbrot eingenommen.

Die Abendstunden stehen für den Besuch von Veranstaltungen im ZAH sowie die persönliche Freizeitgestaltung zur Verfügung.
Die allgemeine Nachtruhe tritt ab 22.00 Uhr ein.

Während der Dauer ihres Aufenthaltes im ZAH können die Aufnahmeersuchenden aus Sicherheitsgründen das Objekt nicht verlassen, da sie als BRD-Bürger bzw. Einwohner von Westberlin bis zur abschließenden Bearbeitung und Entscheidung ihres Antrages im Rahmen der geltenden Gesetze und Verordnungen dafür keine Berechtigung erhalten können. Es besteht jedoch die Möglichkeit, uneingeschränkt postalische Verbindungen zu unterhalten. Darüber hinaus sind Besuche ihrer Angehörigen bzw. Bezugspartner aus der DDR im ZAH möglich. In Ausnahmefällen können auch Telefonate zu Personen innerhalb der DDR geführt werden.

Die Betreuung der Aufnahmeersuchenden im ZAH erfolgt durch die Mitarbeiter Innere Angelegenheiten/Bereich Kultur. Die massenpolitisch-kulturelle Arbeit hat das Ziel, diese Personen mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR ver-

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 1101, Bl. 336-342



000339

3

traut zu machen und die Eingliederung vorzubereiten. Dazu werden ehrenamtliche Mitarbeiter der "URANIA" sowie Mitarbeiter des Staatsapparates herangezogen.

So wurden zum Beispiel im Zeitraum vom 1. 1. 1980 bis 31. 3. 1980 32 Vorträge durch diesen Personenkreis gehalten. Durch Eigeninitiative der Mitarbeiter Kultur im ZAH wurden im gleichen Zeitraum 8 Dia- und Diatonvorträge über die geschichtliche Entwicklung in der DDR sowie auch mit schöngeistigem Inhalt organisiert. Im gleichen Zeitraum fanden 21 Filmveranstaltungen statt, deren Inhalt von politisch-gesellschaftlichen Anliegen bis zur Unterhaltung reichte.

Darüber hinaus wurden 21 gesellige Veranstaltungen, wie Wein- und Musikabende, und 5 Sportveranstaltungen durchgeführt.

Es kann eingeschätzt werden, daß die Teilnahme an diesen Veranstaltungen, die auf freiwilliger Basis beruht, sehr hoch ist. Trotz dieser erreichten Ergebnisse wird ständig daran gearbeitet, die Anzahl der Veranstaltungen sowie deren Qualität zu erhöhen.

Die Arbeitsgruppe der Deutschen Volkspolizei/Kriminalpolizei im ZAH ist auf der Grundlage der Dienstvorschrift 032/78 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei für die Bearbeitung der Aufnahmeverfahren verantwortlich.

Personen, die an einer Grenzübergangsstelle zur DDR um Aufnahme ersuchen, werden durch Kräfte des jeweiligen Volkspolizeikreis-amtes in das ZAH überführt. Im ZAH erfolgt in der Vorprüfungsstation (Quarantäne) eine Sicherheitsüberprüfung sowie eine Kontrolle des Gesundheitszustandes, um zu verhindern, daß ansteckende Krankheiten eingeführt werden.

Durch den Heimleiter erfolgt anschließend eine personenbezogene Begrüßung auf der Grundlage eines vorbereiteten Textes.

Der Aufenthalt in der Vorprüfungsstation beträgt in der Regel 24 Stunden. Danach erfolgt die Verlegung in die Unterkunftsbaracken.

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 1101, Bl. 336-342



BStU 000340 Eine Aufforderung, die Angestellten im ZAH mit "Sachbearbeiter" anzusprechen, wird den Aufnahmeersuchenden nicht vorgegeben. Auf Grund dessen, daß die Angestellten und Mitarbeiter aus Sicherheitsgründen ihre Namen nicht mitteilen, hat sich im Ver-·laufe der Zeit die Ansprache mit "Sachbearbeiter" ergeben. Wird ein Aufnahmeverfahren mit der Entscheidung Aufnahme abgeschlossen, so reist die Person mit den erforderlichen Dokumenten selbständig in das Bezirksheim bzw. bei Direkteinweisungen zu ihrem Bezugspartner. Bei Ablehnung der Aufnahme und Rückweisung erfolgt die Überführung der Person zur Grenzübergangsstelle durch VP-Kräfte des ZAH. Bisher wurden (1. 4. 1979 bis 31. 12. 1980) 915 Aufnahmeverfahren im ZAH Röntgental einer politisch-operativen Überprüfung und Bearbeitung unterzogen. Davon 716 Zuziehende 199 Rückkehrer und 380 Männer 457 Frauen 78 Kinder. Die soziale Zusammensetzung weist dabei aus: 228 Arbeiter 3 Bauern 13 Handwerker 31 Intelligenz 23 Studenten 398 Rentner 78 Kinder 141 Sonstige. Es wurde entschieden: 311 Rückweisungen 592 Aufnahme 12 zur Zeit noch keine Entscheidung

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 1101, Bl. 336-342



000341 5 Die Hauptgründe der Antragstellungen zur Aufnahme bzw. Wiederaufnahme waren bisher: - Familienzusammenführung - Eheschließung - Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse - Arbeitslosigkeit/soziale Not. Im gleichen Zeitraum wurden 387 Aufnahmeersuchende davon 103 Rückkehrer 14 Männer 81 Frauen 8 Kinder und 284 Zuziehende 76 Männer 206 Frauen 2 Kinder ohnen einen Aufenthalt im ZAH in die Bezirke der DDR eingewiesen. Die Gründe dafür liegen vorwiegend im humanitären Bereich bei - hohen Altersgrenzen - angegriffenem Gesundheitszustand - als auch im staatlichen Interesse. Durch die Mitarbeiter der Hauptabteilung VII im ZAH erfolgt die politisch-operative Überprüfung der Aufnahmeersuchenden auf der Grundlage der Dienstanweisung 1/79 des Ministers für Staatssicherheit mit dem Ziel, zu verhindern, daß feindlich-negative Kräfte und solche Personen, die im Auftrage des Gegners einen Antrag auf Verleihung der Staatsbürgerschaft der DDR stellen, ständigen Wohnsitz in der DDR erhalten. Darüber hinaus werden zu operativ interessierenden Problemen aus dem Operationsgebiet diese Personen abgeschöpft.

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 1101, Bl. 336-342



0.00342

6

Auf Grund der räumlichen Möglichkeiten sind die Mitarbeiter der Hauptabteilung VII sowie die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe DVP/Kriminalpolizei und des Bereiches Innere Angelegenheiten im ZAH getrennt untergebracht.

Um den Charakter der Arbeitsbereiche MfS und DVP den Aufnahmeersuchenden gegenüber zu verschleiern, werden die Befragungsräume in beiden Objekten von den Mitarbeitern beider Bereiche im Wechsel genutzt.

Die bisherigen Erfahrungen haben unter anderem gezeigt, daß durch die Mehrheit der Aufnahmeersuchenden alle Kräfte, die am Aufnahmeverfahren arbeiten, durchweg als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit bezeichnet werden.

Durch die Aufenthaltsdauer im ZAH haben diese objektive Möglichkeiten, sich innerhalb des Territoriums frei zu bewegen, was dazu
führt, daß sie in der Lage sind, visuell die sich darin befindlichen Objekte festzustellen und die Funktionen derselben zu erkennen.

Operative Ergebnisse beweisen, daß gegnerische Kräfte zurückgewiesene Aufnahmeersuchende aus dem Aufnahmeheim bei ihrer Ankunft in der BRD Befragungen über Regimefragen zum ZAH unterziehen. Entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten werden ständig Anstrengungen unternommen, um durch mögliche Änderung im Regimeablauf die Aufklärung der Arbeit des ZAH durch Aufnahmeersuchende zu erschweren.

Es kann zusammenfassend eingeschätzt werden, daß die bisherigen Ergebnisse zeigten, daß sich die Zentralisierung des Aufnahmeverfahrens und die dazu erlassenen Befehle, Weisungen und Ordnungen bewährt haben.

An der Überwindung und Beseitigung noch vorhandener Mängel und Schwächen, die nicht grundsätzlicher Natur sind, insbesondere in der Organisation und Betreuung der Aufnahmeersuchenden im ZAH, wird im Zusammenwirken mit den verantwortlichen Leitern der Bereiche DVP und Innere Angelegenheiten gearbeitet.

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 1101, Bl. 336-342